

Gedenkstättenkongress Karlsruhe 2005

– Dokumentation –



LANDESSTIFTUNG
Baden-Württemberg

Gedenkstättenkongress Karlsruhe 2005

– Dokumentation –

Impressum

Gedenkstättenkongress Karlsruhe 2005 – Dokumentation

Redaktionelle Bearbeitung:

Konrad Pflug/Karin Peters-Meinert/Otto Bauschert

Herausgeberin:

Landesstiftung Baden-Württemberg gGmbH

Im Kaisemer 1, 70191 Stuttgart

Verantwortlich:

Birgit Pfitzenmaier

Gestaltung:

BPPA GmbH

© September 2006, Stuttgart

Arbeitspapier der Landesstiftung Baden-Württemberg

Soziale Verantwortung & Kultur, Nr. 1

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort der LANDESSTIFTUNG Baden-Württemberg

Herbert Moser, MdL, Landesstiftung Baden-Württemberg	7
--	---

Begrüßung

Oberbürgermeister Heinz Fenrich, Karlsruhe	9
Lothar Frick, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg	11
Heribert Rech, Innenminister des Landes Baden-Württemberg	14

Vorträge

Gedenken um zu widerstehen?

Prof. Dr. Peter Steinbach	20
---------------------------------	----

Ehemalige Synagogen und jüdische Gemeinden: Mahnen gegen Antisemitismus und Rassismus

Dr. Uri Kaufmann	25
------------------------	----

„Euthanasie“ im Nationalsozialismus und Bio-Ethik heute

Dr. Hans-Walter Schmuhl	44
-------------------------------	----

Der nationalsozialistische Völkermord an Sinti und Roma: Bewusstsein verändern durch Erinnern

Silvio Peritore	55
-----------------------	----

Ehemalige Konzentrationslager: Perspektiven der regionalen Gedenkstättenarbeit

Thomas Lutz	64
-------------------	----

Öffentliches Erinnern – Auftrag oder Instrument der Politik?

Dr. Cord Arendes und Prof. Dr. Edgar Wolfrum	76
--	----

Thesepapiere und Protokolle der Arbeitskreise

Arbeitskreis 1

Jugendarbeit am Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm: die „Dzokkis“

Prof. Dr. Wolfgang Keck, Martin König, Christiane Reiser 91

Arbeitskreis 2

Gedenkbücher als bürgerschaftliches Engagement: Das Beispiel Karlsruhe

Dr. Manfred Koch, Jürgen Schuhladen-Krämer M.A., Anita Müller 95

Arbeitskreis 3

Lernort Schule Gedenkstätten

Rudolf Renz, Dorothee Hermann 99

Arbeitskreis 4

Öffentlichkeitsarbeit für Gedenkstätten

Herrmann Orgeldinger, Lorenz Hofmann M. A. 102

Arbeitskreis 5

Möglichkeiten und Grenzen der Vermittlung durch Medieneinsatz

Dr. Paula Lutum-Lenger, Céline Happold 110

Arbeitskreis 6

Audiovisuelle Medien zur Geschichte

Hanns-Georg Helwerth M. A., Andrea Rolke 112

Arbeitskreis 7

Erinnerung und Tourismus – am Beispiel der Ausstellung „Europas Juden im Mittelalter“, Speyer 2004/05

Prof. Dr. Cornelia Ewigleben 114

Podiumsdiskussion

Perspektiven für die Arbeit der Gedenkstätten 118

Ernst Elitz, Moderation, Intendant Deutschlandfunk, Deutschlandradio

Prof. Dr. Peter Steinbach, Universität Karlsruhe

Lothar Frick, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart

Herbert Moser, MdL, Landesstiftung Baden-Württemberg, Stuttgart

Dr. Barbara Vormeier, Universität Lyon II, Fondation pour la Mémoire de la Déportation, Paris

Resümee des Gedenkstättenkongresses 2005 in Karlsruhe

Jost Grosspietsch	125
-------------------------	-----

Referenten und Autoren

Cord Arendes	126
Ernst Elitz	126
Cornelia Ewigleben	126
Lothar Frick	127
Jost Grosspietsch	127
Hanns-Georg Helwerth	127
Uri Kaufmann	127
Wolfgang Keck	128
Manfred Koch	128
Martin König	128
Paula Lutum-Lenger	128
Thomas Lutz	129
Herbert Moser	129
Hermann Orgeldinger	129
Silvio Peritore	130
Konrad Pflug	130
Heribert Rech	130
Rudolf Renz	130
Hans-Walter Schmuhl	131
Jürgen Schuhladen-Krämer	131
Peter Steinbach	131
Barbara Vormeier	132
Edgar Wolfrum	132

Öffentliches Erinnern – Auftrag oder Instrument der Politik?

Cord Arendes und Edgar Wolfrum

1. Einleitung und Forschungsstand

Die Aussage, dass unsere modernen Gesellschaften in aller Regel auch „Mediengesellschaften“ sind, ist ein öffentlicher Gemeinplatz geworden. Die Wirkungsweisen von Medien, aber auch deren inhärente Risiken und Chancen, haben sich innerhalb kürzester Zeit zu einem Schlüsselthema der Geistes- und Sozialwissenschaften entwickelt. Ist Politik am Ende nur noch das, was in den Medien stattfindet? Politik bleibt zwar auch unter den Voraussetzungen der heutigen Mediengesellschaft oder gar „Mediokratie“⁶¹ ihrem Ziel des Gewinnens und der Erhaltung legitimierender Macht treu. Die Regeln des Mediensystems üben aber einen spürbaren Druck auf Raum und Inhalt des Politischen aus. Wie verhält es sich dabei mit der Bedeutung der Medien für den Bereich der „Geschichtspolitik“? Untersuchungen zu den verschiedenen Formen gesamtgesellschaftlicher Erinnerungslandschaften treffen hier auf aktuelle geschichtswissenschaftliche Ansätze einer historischen Politikforschung, die sich auf die Analyse der historisch variablen Grenzen, Mechanismen und Medien eines vor allem diskursiv und symbolisch konstruierten politischen Kommunikationsraumes konzentriert.⁶² Von besonderem Interesse ist dabei der vermutete Zusammenhang zwischen politischem System und (Massen-)Medien, wenn es um Geschichte in ihrer Eigenschaft als „politisches Argument“ geht.⁶³

Einen deutlichen Fingerzeig in diese Richtung gab das mediale Begleitprogramm zum 60. Jahrestag des Kriegsendes in Deutschland: „Keine Woche vergeht, ohne dass ein Jubiläum zu feiern, eine Vergangenheit zu vergegenwärtigen wäre.“⁶⁴ – so ließ sich die allgemeine Stimmung auf einen Nenner bringen. Weit mehr als das „runde“ Jubiläum zehn Jahre zuvor, bot das Kriegsende im Jahr 2005 ein breites Angebot an Geschichtsfernsehen, Ausstellungen und historischen Rückblicken. Spielfilme, Dokumentationen, Artikelserien und Zeitzeugen-Interviews beschäftigten sich mit allen nur erdenklichen Facetten des „Unterganges“ und der „letzten fünfzig Tage“. Allein die quantitative Dimension dieser Beiträge sprengte alle bisherigen publizistischen Rekorde. Noch fällt es schwer, diesen „schier endlosen Erinnerungsmarathon“⁶⁵ abschließend zu bewerten und seine Bedeutung für die deutsche Gesellschaft wie auch die Geschichtswissenschaft historisch einzuordnen. Insgesamt kündigt sich aber ein merklicher Perspektiven- oder sogar „Gezeiten-

61 Die These der Mediokratie geht von einer vollständigen Unterwerfung der politischen Prozesse unter die Gesetzmäßigkeiten der Medien aus; vgl. Thomas Meyer, *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*, Frankfurt am Main 2001.

62 Heinz-Gerhard Haupt, *Historische Politikforschung: Praxis und Probleme*, in: Ute Frevert/ders. (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt/New York 2005, 304-313, hier 305.

63 Zur Geschichte als politischem Argument vgl. Edgar Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001, bes. 5-9.

64 Thomas Steinfeld, *Jetzt, damals und dann. Über die Abschaffung der Gegenwart, den historischen Augenblick und das Ende der Projektmacherei*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 2./3. Juli 2005, VI.

65 Dietmar Süß, *Gezeitenwechsel. Die Akzente in der Bewertung des Zweiten Weltkrieges beginnen sich zu verschieben – hin zu einer Konkurrenz der Opfer*, in: *Süddeutsche Zeitung Literatur*, Frühjahr 2005, 30.

wechsel“⁶⁶ im Umgang mit unserer Vergangenheit an: Im Zentrum der öffentlichen Berichterstattung stehen jetzt Begriffe wie „Bombenkrieg“, „Flucht“ und „Vertreibung“ und somit die *deutschen* Opfer, die der Zweite Weltkrieg gerade auch noch in den letzten Monaten gefordert hat, *nicht* die Opfer des Nationalsozialismus. Dieser eingeschränkte Blickwinkel ist aus generationenspezifischer Sichtweise durchaus verständlich und erklärbar: Die Generation der Kriegskinder geht, nun selbst älter geworden, nachsichtiger mit ihrer Elterngeneration um, als es noch vor zwanzig oder gar dreißig Jahren der Fall gewesen ist. Ein ähnliches Verhalten findet sich auch auf der Seite der Enkel gegenüber ihren Großeltern.⁶⁷ Die in der Hauptsache auf die letzten noch lebenden Zeitzeugen fixierte Darstellung der historischen Vorgänge in den Medien läuft aber Gefahr, einen neuen deutschen Opfermythos hervorzurufen.

Auch der Spielfilm „Der Untergang“ erliegt der Suggestion, sowohl die Täter- als auch die Opferdimension in allen Deutschen vereinigen zu können. Die noch in den 1970er und 1980er Jahren aufgestellte Forderung, endlich einen Schlusstrich zu ziehen, ist nicht mehr salonfähig. Allein die Akzente der Diskussion haben sich verschoben: Es kommt heute weniger zu einer Relativierung von Verantwortung, als zu einer – erneuten – Konzentration auf einzelne Personen, die üblichen Verdächtigen, das heißt, die Haupttäter.⁶⁸ Deren Schuld steigt nun ins Unermessliche, nämlich bis hin zu dem kruden Vorwurf der Juden- und Deutschenvernichtung. Die politische Führung und die Funktionseliten des „Dritten Reiches“ haben nach dieser Lesart nicht nur die Juden der Vernichtung preisgegeben, sondern auch das deutsche Volk in den Untergang geführt.⁶⁹ Filme wie „Der Untergang“ geben deshalb eher eine Antwort auf das Problem der deutschen Gesellschaft, den Nationalsozialismus in die Rituale und Formen des öffentlichen Erinnerns nach 1945 gleichzeitig ein- und ausschließen zu müssen, als das sie den Stand der Forschung abbilden oder neue Ansichten vermitteln können.

Auf der analytischen Ebene müssen drei Tendenzen des Umgangs mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus unterschieden werden: Erstens sind in den zurückliegenden Jahren neue Formen einer staatlich-repräsentativen Erinnerung institutionalisiert worden. Sie schließen besonders das Gedenken an die Befreiung der Konzentrationslager (Gedenktag 27. Januar) und das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ mit ein.⁷⁰ Zweitens besteht heute ein starker Strang

66 Norbert Frei, 1945 und Wir. Die Gegenwart der Vergangenheit, in: Ders., 1945 und Wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, 7-22, hier 8.

67 Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, „Opa war kein Nazi.“ Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt am Main 2002; Harald Welzer, Schön Unschärf. Über die Konjunktur der Familien- und Generationsromane, in: Mittelweg 36, 13 (2004), Heft 1, 53-64; Tanja Dückers/Verena Carl (Hrsg.), Stadt – Land – Krieg. Autoren der Gegenwart erzählen von der deutschen Vergangenheit, Berlin 2004.

68 Zum Stand der Täterforschung und zu den sich wandelnden Täterbildern siehe Gerhard Paul, Von Psychopathen, Technokraten des Terrors und „ganz gewöhnlichen“ Deutschen. Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung, in: Ders. (Hrsg.), Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002, 13-90; Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann, Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung, in: Dies. (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004, 1-32; Stefan Hördler, Aspekte der Täterforschung. Eine kritische Bilanz, in: Petra Frank/ders. (Hrsg.), Der Nationalsozialismus im Spiegel des öffentlichen Gedächtnisses. Formen der Aufarbeitung und des Gedenkens, Berlin, 2005, 23-45.

69 Vgl. auch Jan Weyand, So war es! Zur Konstruktion eines nationalen Opfermythos im Spielfilm „Der Untergang“, in: Willi Bischof (Hrsg.), Filmri:SS. Studien über den Film „Der Untergang“, Münster 2005, 39-68.

70 Michael S. Cullen (Hrsg.), Das Holocaust-Mahnmal. Dokumentation einer Debatte, Zürich/München 1999; Jan-Holger Kirsch, Nationaler Mythos oder historische Trauer? Der Streit um ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ für die Berliner Republik, Köln u.a. 2003; Claus Leggewie/Erik Meyer, „Ein Ort, an den man gerne geht“. Das Holocaust-Mahnmal und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München/Wien 2005.

in einer Europäisierung der Erinnerung, das heißt, die Unterdrückungserfahrungen in Mittel- und Osteuropa werden zunehmend in eine gemeinsam geteilte Erinnerung miteinbezogen.⁷¹ Dieser Linie folgen auch die Konzeption für das „Europäische Zentrum gegen Vertreibungen“ und der Trend zur Internationalisierung der Erinnerung an den Holocaust. Im deutschen Kontext finden wir drittens noch einen Vorrang biographischer Erinnerungen, eine neue Faszination für die Haupttäter und die Rückkehr der deutschen Opfer. Wenn an die Ereignisse des Jahres 1945 erinnert wird, dann zuerst an das Kriegsende und die so genannte „Stunde Null“ – nicht an das Ende der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.⁷² Alle drei grob skizzierten Tendenzen treten aber erst durch ihre Eignung zur medialen Darstellbarkeit in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Medien (und auch die Politik) dienen dabei als Verstärker, Multiplikatoren, oder gar selbst als „Agenda Setter“.

Die ausführliche mediale Darstellung von Zeitgeschichte und deren politische Inanspruchnahme ist natürlich kein neues Phänomen. Schon seit Beginn der 1950er Jahre lässt sich in Deutschland eine Art Wellenbewegung feststellen, in der sich Phasen der Aufarbeitung der Vergangenheit mit Rufen nach Wiederherstellung von Normalität abwechseln.⁷³ Im gleichen Zeitraum gab es eine Abfolge historischer Debatten wie die Fischerkontroverse, die „68er“-Debatte, den Historikerstreit, die Goldhagendebatte oder die Diskussion um die Wehrmachtsausstellung. Jede dieser geschichtspolitischen Kontroversen hat dabei ein entsprechendes Medium und mediales und politisches Echo gefunden. Im Verlauf dieser Debatten zeigte sich, dass demokratische Gesellschaften einen wichtigen Vorzug genießen: Geschichtsbilder entstehen in der öffentlichen Auseinandersetzung – auch wenn die Zeitgeschichte deswegen zuweilen die Form einer „Streitgeschichte“ annimmt.⁷⁴

In den 1980er Jahren dominierten in der historischen, aber auch in der kultur- und sozialwissenschaftlichen Forschung Ansätze, die sich umfassend Erscheinungen wie dem Geschichtsbewusstsein und/oder der Geschichtskultur der Bundesrepublik zuwandten und ihren Ursprung in geschichtsdidaktischen Konzeptionen der 1970er Jahre hatten.⁷⁵ Seit der Mitte der 1990er Jahre liegt der Schwerpunkt auf Forschungsansätzen, die Geschichtspolitik als ein selbständiges Handlungs- und Politikfeld verstehen, auf dem verschiedene Akteure (Politiker, Journalisten, Wissenschaftler) innergesellschaftlich um Deutungsmacht durch Rückgriff auf die Geschichte und um Geschichtsinterpretationen ringen. Hier ging es in erster Linie um die Formen der Verschränkung von Geschichte und Politik und die Auswirkungen auf den politischen

71 Dieter Bingen/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst (Hrsg.), *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen*, Wiesbaden 2003.

72 Dies zeigt sich auch in den Diskussionen um den Bombenkrieg: Vgl. Jörg Friedrich, *Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945*, Berlin; Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-1945*, Berlin 2003.

73 Vgl. auch die ähnlich lautende Argumentation bei Jürgen Habermas, *Deutsch-polnische Befindlichkeiten*, in: Ders., *Der gesplittete Westen*, Frankfurt am Main 2004, 59-67, hier 60.

74 Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht, *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945*, München 2003; Klaus Große Kracht, *Die zankende Zunft. Historische Kontroversen in Deutschland nach 1945*, Göttingen 2005.

75 So zum Beispiel Karl-Ernst Jeismann, *Geschichte als Horizont der Gegenwart. Über den Zusammenhang von Vergangenheitsdeutung, Gegenwartsverständnis und Zukunftsperspektive*, Paderborn 1985; Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Geschichtsbewusstsein. Materialien zur Spurensuche der Nation*, Köln 1987.

Prozess.⁷⁶ Als ein wichtiges Fazit dieser Untersuchungen bleibt festzuhalten, dass der Kampf um die historische Deutungshoheit in der Gesellschaft *in, mit und über* die Medien ausgetragen wird.⁷⁷ Erst in den letzten Jahren ist die Rolle der einzelnen Akteure und Rezipienten des geschichtspolitischen Prozesses stärker in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses gerückt.⁷⁸ Es geht nicht mehr nur um das politische Handlungsfeld allein, sondern auch um die partikularen Interessen der Akteure und ihre Einbindung in soziale und institutionelle Zusammenhänge. Von besonderem Gewicht sind in diesem Zusammenhang die Rahmenbedingungen für den individuellen Handlungsspielraum der beteiligten Akteure auf dem Feld der Geschichtspolitik. Insgesamt hat der Umgang mit der jüngeren Vergangenheit in ganz Europa an Gewicht gewonnen.⁷⁹ In diesem mehrdimensionalen Feld aus Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit muss „das Verhältnis zwischen politischen Werthaltungen und wissenschaftlichen Methoden, das Rollenverständnis professioneller Historiker, die Institutionalisierungsformen von Forschung und Lehre, die praktisch-politische ‚Nutzanwendung‘ historischen Wissens oder die Beziehung zwischen akribischer Detailforschung und den geschichtspolitischen Schlachten des Feuilletons immer wieder neu bestimmt werden“.⁸⁰

2. Was ist Geschichtspolitik?

Es geht in unserem Zusammenhang um Geschichtspolitik in demokratischen, in pluralen Gesellschaften. In autoritär verfassten oder in Kriegsgesellschaften ist vieles anders. Die geschichtspolitischen Maßnahmen unterliegen dort einer zentralen Steuerung und sind als solche leichter identifizierbar. Dies zeigt der Umgang mit der Geschichte im Nationalsozialismus, aber auch die politische Ausrichtung historischer Interpretationen in Sozialismus und Kommunismus.

Grundsätzlich ist Geschichte nur auf den ersten Blick auf die Dimension der vergangenen Wirklichkeit festgelegt. Sie ist – ausgehend von einem umfassenden Politikbegriff (siehe unten) – auch ein politischer Faktor ersten Ranges. Sie kann als Bindemittel dienen, um nationale, regionale, soziale oder andere Gruppen zu integrieren; sie kann aber auch ausgrenzen, den Gegner diffamieren, das eigene Handeln legitimieren. Die Erinnerung an die Vergangenheit, die historische Präsentation, die Sinngebung durch die Geschichte ist dabei niemals ein Monopol der Geschichtswissenschaft gewesen. Neben wissenschaftlichen Zugriffen gibt es triviale oder populäre (Literatur und Fernsehen)⁸¹, pädagogische (Museum, Schule), aber auch dezidiert, das

76 Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien 1995; Norbert Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

77 Vgl. auch Ruth Wodak u.a., Die Sprachen der Vergangenheiten. Öffentliches Gedenken in österreichischen und deutschen Medien, Frankfurt am Main 1994.

78 Claudia Fröhlich/Horst-Alfred Heinrich (Hrsg.), Geschichtspolitik. Wer sind ihre Akteure, wer ihre Rezipienten? Stuttgart 2004; Wolfrum, Geschichtspolitik, 25-31.

79 Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven in der Forschung in Europa, Göttingen 2004.

80 Ralph Jessen, Zeithistoriker im Konfliktfeld der Vergangenheitspolitik, in: Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt/New York 2002, 153-175, hier 157.

81 Die Verbindung zwischen Geschichte und ihrer Darstellung im Fernsehen wurde zuerst umfassender thematisiert bei: Guido Knopp/Siegfried Quandt (Hrsg.), Geschichte im Fernsehen. Ein Handbuch, Darmstadt 1988.

heißt, im ganz engen Sinne politische, Zugriffe auf die Vergangenheit durch die Politiker.⁸² So weit gespannt das Repertoire, so unterschiedlich sind die Träger des Zugriffs auf Geschichte. Eine Vielzahl an Personen, Gruppen und Institutionen ringen in der Demokratie miteinander um die Deutung der Vergangenheit. Dieser Vielzahl wiederum entsprechen unterschiedliche Motive: wissenschaftliches Ethos, politische Stabilisierung, integrationspolitische Motive, Kompensation, antiquarische Vergangenheitsschwärmerei, kritische Aufklärung und weitere mehr. Auch die Adressaten bilden keine einheitliche Größe: Es kann die Welt der Universitäten sein, es können Schüler, Frauen oder Männer, Baden-Württemberger oder Sachsen, Katholiken oder Protestanten, Alte oder Junge sein. Die Aufzählung ist beliebig erweiterbar.

Fast völlig ausgeblendet geblieben ist bisher die föderale Geschichtspolitik in Form der Identitätspflege der Bundesländer – das ist ein weites, ziemlich unbeackertes Feld; etwa Sachsen als Kulturstaat im Kontrast zum preußischen Militärstaat oder zu Bayern als Siegelbewahrer des Föderalismus, heute auf europäischer Ebene.⁸³ Hinzu kommen innerföderale Konflikte, die alle Bundesländer – von denen viele ja Bindestrich-Länder sind – betreffen, nicht zuletzt die neuen Bundesländer. Oder, ganz neu, die Geschichtspolitik von Euro-Regionen, etwa im Südwesten: Elsass, Baden und Nordschweiz, die sich ihrer gemeinsamen Vergangenheit jenseits der je nationalen versichern. Politik mit der Geschichte erzeugt Erinnerungslandschaften, und Erinnerungslandschaften beeinflussen die Vorstellungen und Werte von Menschen.

Forschungen zur Geschichtspolitik möchten diese verschiedenen Strategien der Nutzung von Geschichte hinterfragen, aufdecken, oder neudeutsch gesagt: dekonstruieren. Bei diesem wissenschaftlichen Zugang steht ein transdisziplinäres Forschungsparadigma im Mittelpunkt. Es werden die Handlungsfelder analysiert, auf denen durch Deutung mobilisiert wird. Solche Forschungen dienen der Aufklärung, indem sie zeigen, von welchen Akteuren, mit welchen Mitteln, mit welchen Absichten und welcher Wirkung versucht wird, Geschichtsbilder zu formen und Handlungsabläufe als (historisch) alternativlos auszugeben. In diesem Zusammenhang ist der Begriff der Geschichtspolitik dem der Geschichtskultur⁸⁴ vorzuziehen, weil in den letzten Jahren die zentralen Fragen nach dem Kampf um und der Legitimation von Macht und Herrschaft in den Geschichtswissenschaften vernachlässigt wurden. Diese – auch für die Historiographie – zentralen Kategorien: Interesse, Macht und Herrschaft sind durch eine Überbetonung der kulturalistischen Wende in den Hintergrund gedrängt worden. Die Politik als historischer Faktor muss wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden, dabei sollten aber „die sozialwissenschaftlichen Anregungen der siebziger Jahre“ aufgenommen und im „Sinne neuerer kulturwissenschaftlicher Konzepte weiterentwickelt“ werden.⁸⁵

82 Als ein Beispiel für einen Längsschnitt durch die Geschichte vergangenheitspolitischer Strategien seit 1848: Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland*, Göttingen 2004.

83 Eine der wenigen Ausnahmen: Ulla-Britta Vollhardt, *Geschichtspolitik im Freistaat Bayern. Das Haus der Bayerischen Geschichte: Idee – Debatte – Institutionalisierung*. München 2003.

84 Vgl. Wolfgang Hardtwig, *Geschichtskultur und Wissenschaft*, München 1990; Klaus Füssmann (Hrsg.), *Historische Faszination. Geschichtskultur heute*, Köln u.a. 1994.

85 Ulrike Frevert, *Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen*, in: Dies./Haupt, *Politikgeschichte*, 7-26, hier 26.

Eine Folge dieser Geschichtswissenschaft „with the politics left out“ ist es, dass sich vielfach ein nur sehr verkürztes Politikverständnis eingeschlichen hat. Weithin dominiert ein unzureichendes Verständnis von Politik als Staats- und Regierungshandeln – was einerseits die Bedeutung nichtstaatlicher Akteure völlig unterschätzt und andererseits den fundamentalen Wandel während der vergangenen Jahrzehnte ignoriert. Denn die traditionelle Dichotomie von Staat und Gesellschaft ist ja längst überwunden. Ein nützliches Raster, um die auf horizontaler und vertikaler Ebene vielfach gebrochenen Dimensionen von Politik und damit auch Geschichtspolitik heuristisch zu trennen, bietet das angelsächsische Modell der Unterscheidung von drei grundlegenden Politikbereichen und Dimensionen, nämlich *Polity* als die formale Dimension der Politik. Sie umfasst die Ordnung des politischen Systems, des Normengefüges, der Institutionen und Organisationsformen. *Politics* als die prozessurale Dimension der Politik umfasst die Analyse der Prozesse der Austragung von Konflikten, der Durchsetzung von Inhalten, Zielen und Interessen. Und *Policy* als die inhaltliche Dimension der Politik umfasst die Art und Weise der staatlichen Aktivitäten und die Instrumente zur Bearbeitung gesellschaftlicher Problemlagen. Sie ist damit zugleich Ausdruck der Konflikte über Werte und Ziele des Gemeinwesens.⁸⁶

Ausgehend von diesen drei Dimensionen kann Politik bestimmt werden als die Gesamtheit der die öffentlichen Belange betreffenden institutionellen, prozessualen und inhaltlichen Dimensionen des, in den Worten Max Webers, „Strebens nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung“. ⁸⁷ Damit kommen alle Bestrebungen in den Blick, die sich auf eine Regelung gesellschaftlicher Konflikte um begrenzte Güter richten. Man kann damit Geschichtspolitik bis auf die kleinsten Einheiten herunterdeklinieren und sollte deshalb auch von *Geschichtspolitiken* sprechen oder von verschiedenen geschichtspolitischen Ausprägungen.

In ganz Europa sind wir mit verschiedenen Ausprägungen von Geschichtspolitik konfrontiert. Ich erwähne nur die oberste Ebene: Mit Blick auf Ost- und Ostmitteleuropa erleben wir eine Rückkehr der Geschichte.⁸⁸ Auf dem Balkan sahen wir die mörderische Wirkung von historisch-mythisch aufgeladenen Konflikten.⁸⁹ In Westeuropa sind die Mythen der Nachkriegszeit zerbrochen, so zum Beispiel der Resistenza-Mythos in Italien;⁹⁰ Frankreich plagt sich mit dem Vichy-Syndrom;⁹¹ in Ost- und Westdeutschland sind Sichtblenden gefallen, die während der Zeit der Teilung so komfortabel waren; in Spanien obwaltet seit der Transición eine Geschichts-

86 Vgl. beispielsweise Karl Rohe/Andreas Dörner, Artikel „Politikbegriffe“, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Lexikon der Politik, 7. Bde. München 1995, Bd. 1: Politische Theorien, 453-458.

87 Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5., rev. Aufl., Studienausgabe, Nachdruck, Tübingen 1990, 822; siehe auch Max Weber, Politik als Beruf, Stuttgart 1992, S. 7.

88 Vgl. Misha Glenny, The Rebirth of History. Eastern Europe in the Age of Democracy, London 1990.

89 Als Überblick: Susanne Gelhard, Ab heute ist Krieg. Der blutige Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, Frankfurt am Main 1992; Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hrsg.), Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, Bonn 1994; Janine-Marie Calic, Der Krieg in Bosnien-Herzegowina: Ursachen – Konfliktstrukturen – internationale Lösungsversuche, Frankfurt am Main 1995; Misha Glenny, The Fall of Yugoslavia. The Third Balkan War, London 1996.

90 Gian Enrico Rusconi, Die italienische Resistenza auf dem Prüfstand, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), 379-402; Lutz Klinkhammer, Der Resistenza-Mythos und Italiens faschistische Vergangenheit, in: Holger Afflerbach (Hrsg.), Sieger und Besiegte. Materielle und ideelle Neuorientierungen nach 1945, Tübingen 1997, 119-139.

91 Allgemein: Hanna Diamond (Hrsg.), New Perspectives on Wartime France, Oxford 2005; speziell zu Vichy: Henry Rousso, Le syndrome de Vichy, Paris 1987; ders., Vichy: l'événement, la mémoire, l'histoire, Paris 2001.

vergessenheit hinsichtlich Bürgerkrieg und Franco-Diktatur im Dienste der nationalen Versöhnung⁹²; unzählige andere Beispiele ließen sich anschließen.

Primärerinnerungen von Menschen können dabei von einer übermächtigen öffentlichen Erinnerung überlagert werden. Geschichtsbewusstsein ist, wie Jörn Rüsen sagt, die mentale Operation, mit der Menschen ihre Erfahrung vom zeitlichen Wandel ihrer Welt und ihrer Selbst so deuten, dass sie ihre Lebenspraxis in der Zeit absichtsvoll orientieren können.⁹³ Aber in diese Orientierung stoßen geschichtspolitische Prozesse auf allen Ebenen hinein. Was also ist Geschichtspolitik in der Demokratie? Es ist angebracht, den Begriff aus möglichst vielen Blickwinkeln und möglichen Fragestellungen heraus zu erläutern:

1. Geschichtspolitik ist ein eigenes Handlungs- und Politikfeld: Auf diesem Feld bewegen sich, wie erwähnt, viele konkurrierende Akteure: Wissenschaftler, Journalisten und Politiker, kurz: konkurrierende Deutungseliten oder jene, die sich dafür halten, auch im kleinen Rahmen. Gesellschaften sind Kommunikationseinheiten oder Interpretationsgemeinschaften, die ein gewisses gemeinsames Fundament von Erfahrungen und Orientierungen benötigen. Darum wird gerungen. Denn es gibt, jenseits von individuellen oder Gruppengedächtnissen – generationeller, konfessioneller, regionaler oder sonstiger Art – dominierende Deutungsachsen, eine Art verbindender Basiserzählung, die den gewünschten oder den benötigten Zusammenhalt erst ermöglichen.
2. Funktionale Perspektive: Geschichtspolitik ist von ihrer Funktion her zu betrachten. Sie sollte nicht unbesehen pejorativ aufgeladen werden. Sie ist per se nichts Negatives, im Gegenteil: Geschichtspolitik wird ja nicht nur vor dem Hintergrund legitimatorischer oder regressiver Absichten möglich. Sie dient genauso auch aufklärerischen und emanzipatorischen oder eben auch den jeweils angestrebten Mischungsverhältnissen.
3. Geschichtspolitik ist eine politisch-pädagogische Aufgabe: Es gibt nicht nur politisches Handeln *aus* historischem Bewusstsein, sondern auch politisches Handeln *für* historisches Bewusstsein. Geschichtsbilder mit all ihren Wandlungen sind aufs Engste mit zeitgeschichtlichen Grunderfahrungen verbunden. Die ständige Arbeit an der Geschichte gehört zu den Daueraufgaben einer Demokratie. Diese bedarf, wie auch die politische Kultur, der permanenten Pflege. Geschichtspolitik und politische Kultur sind somit Schwestern.
4. Öffentlichkeit und Konkurrenz: Deutungskonkurrenz in Demokratien heißt auch, dass ein öffentlicher Wettstreit der Erinnerungen ausgetragen wird. Es sind sichtbar Kräfte und Gegenkräfte am Werk, die um die Hegemonie von Deutungsmustern ringen, ein Prozess, der im Übrigen die Kehrseite von Erinnerung, das Vergessen und Ausblenden, mit einschließt. Erinnert wird immer auf Kosten von etwas anderem. Was erinnert wird, und was ab- oder ausblendet wird, bleibt umstritten, unterliegt einer (ständigen) Wandlung und

⁹² Einführend: Walther L. Bernecker (Hrsg.), Spanien nach Franco. Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie 1975-1982, München 1993.

⁹³ Zu den Orientierungsleistungen der Geschichte: Jörn Rüsen, Kann gestern besser werden? Berlin 2003; vgl. auch ders., Zeit und Sinn. Strategien historischen Denkens, Frankfurt am Main 1990; ders. (Hrsg.), Geschichtsbewusstsein. Psychologische Grundlagen, Entwicklungskonzepte, empirische Befunde, Köln u.a. 2001.

ist auch von den Rahmenbedingungen und den Strukturen abhängig, etwa von der jeweiligen Sozialkultur oder dem politischen System. Zum Beispiel: Nur Wenige sprachen in der Hochzeit des kalten Krieges in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik vom Holocaust oder dem NS-Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion; fast alle aber vom nationalen Notstand, davon dass die deutsche Nation durch Unrecht der Alliierten verloren sei. zwanzig Jahre später sollte sich dieses Verhältnis genau umgekehrt haben.

5. Öffentliche Konflikte und politische Kultur: Primärerfahrungen von Zeitzeugen können sich in öffentliche Erinnerung umwandeln. Sie können aber auch im Verborgenen bleiben und dort als eine Art subversives Potential überdauern. Zwischen Primärerfahrungen, Wissenschaft und öffentlicher Erinnerung existieren zahlreiche Wechselwirkungen. Dies ist gerade in der heutigen Zeit der Fall, wo wir es mit einer durchgreifenden Historisierung und einer Massenmedialisierung der Geschichte zu tun haben. Ein Beispiel für diesen Zusammenhang ist die Ausstellung über die „Verbrechen der Wehrmacht“.⁹⁴ Solche Konflikte können, in längerer Perspektive betrachtet, die politische Kultur verändern.
6. Geschichtspolitik kennzeichnet ein Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik: Dass die moderne Welt in verschiedene, jeweils autonome Sphären ausdifferenziert ist, bedeutet nicht die Abwesenheit komplexer Wirkungszusammenhänge zwischen diesen Sphären. Zwischen Wissenschaft und Politik bestehen zwar Wirkungszusammenhänge, aber beide Bereiche gehen doch unterschiedliche Wege. Einfach gesagt und auf einen engen Politikbegriff bezogen: Wissenschaftler zielen auf Vernunftpotentiale, die sehr komplex sind. Demokratische Machthaber hingegen sind potentielle „Rechthaber“; sie greifen zur Komplexitätsreduktion.
7. Doppeltes Bezugsverhältnis von Geschichte und Politik: Geschichte konstituiert Politik und Politik konstituiert Geschichte. Dieser Zusammenhang, der für alle Ebenen zutrifft, von der kommunalen bis zur europäischen, verleiht der Geschichtspolitik ihre Brisanz. Geschichtlichkeit und historische Erfahrungen wirken immer konstituierend für ein politisches System, für politische Stile und für die politische Kultur.
8. Demokratischer Grundkonsens als Basis: Ziel darf es nicht sein, zu versuchen, einheitliche Geschichtsbilder zu konstruieren. Diese kann und wird es in einer Demokratie nicht geben. Vieles verändert sich auch im Zeitverlauf, durch neue Fragestellungen, neue Forschungserkenntnisse und vor allem auch durch Generationenbrüche. Aber eine fundamentale Gemeinsamkeit, die sowohl die Deutung der Gegenwart als auch die Erwartung für die Zukunft als Variation der Geschichte des gleichen Subjekts begreift, ist wichtig. Das mahnt uns die Erfahrung der Weimarer Republik, wo es infolge tief gespaltenen Teilkulturen, die sich unversöhnlich blockierten, genau an diesen Gemeinsamkeiten gemangelt hat. Ein Zustand, der die Substanz der Demokratie unterspült hat.

⁹⁴ Hans-Günther Thiele (Hrsg.), Die Wehrmachtsausstellung. Dokumentation einer Kontroverse, Bonn 1997; Hannes Heer (Red.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1997; Bernd Ulrich (Red.), Eine Ausstellung und ihre Folgen. Zur Rezeption der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“, Hamburg 1999; zuletzt Christian Hartmann/Johannes Hürter/Ulrike Jureit (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005.

9. Geschichtspolitik und Interkulturalität: Geschichtspolitik ist ein Lebenselixier der Demokratie, wenn auch bisher weitgehend der nationalstaatlich organisierten. Aber die Bindekräfte von Nationalstaaten lassen nach, allein schon dadurch, dass diese im Inneren längst heterogene Gebilde geworden sind. Nationale Vergangenheiten werden transzendiert in eine europäische oder gar globale Zukunft. Diese lässt sich an den Debatten über eine Globalisierung des Holocaust-Gedächtnisses leicht nachzeichnen.⁹⁵

3. Die Erfolgsgeschichte der deutschen Vergangenheitsbewältigung – ein Problem?

Die Bundesrepublik Deutschland gilt als international gefragter Entwicklungshelfer in Sachen Vergangenheitsbewältigung⁹⁶ – die Verfahren der politischen und justitiellen Aufarbeitung dienen als weltweites Vorbild im Rahmen des Überganges von Diktaturen zu Demokratien.⁹⁷ Die deutsche Vergangenheitsbewältigung ist, wie Harald Welzer es formuliert, „einer der wenigen Exportartikel made in Germany, die noch Bewunderung und Anerkennung finden.“⁹⁸ Es ist sogar die Rede von einer, so Timothy Garton Ash, „deutschen DIN-Norm“ des Gedenkens – einer Modellhaftigkeit der deutschen Erinnerungslandschaft.⁹⁹ Der bittere Beigeschmack des Ganzen lautet: die Deutschen sind immer führend, im Bösen wie im Guten. Die nationalsozialistische Vergangenheit ist damit nicht mehr nur ein belastendes Erbe und eine negative Kontrastfolie hinsichtlich der bundesdeutschen Identität, sondern ihre Aufarbeitung fungiert als positives Element der Identitätsbildung.

Als Beleg für die erfolgreiche Bewältigung der Vergangenheit können viele Beispiele angeführt werden. *Einen* Unterschied zu seinem Amtsvorgänger Helmut Kohl kultivierte Gerhard Schröder sehr auffallend: seine relative Unbefangenheit gegenüber der deutschen Geschichte. Er empfand sich als Vertreter einer neuen Generation der Nachgeborenen, der „Kinder der Bundesrepublik“, die nicht geschichtsblind seien, aber persönlich unbelastet und deshalb einen aufrechten Gang, freien Willen und neues Selbstbewusstsein an den Tag legten. Nicht als Konsequenz aus der Geschichte, also gezwungenermaßen, wie noch bei der Generation Helmut Kohls, würden Schröder und seine Generation ihre Stimme für Europa erheben, sondern aus freien Stücken und weil dies den deutschen politischen und ökonomischen Interessen entspreche. Was Kohl im Westen wie im Osten verwehrt geblieben war, wurde Schröder zuteil: Im Jahr 2004 war er vom französischen Präsidenten Jacques Chirac zu den Gedenkveranstaltungen anlässlich des D-Days

95 Peter Novick, *Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord*, Stuttgart/München 22001, 335-354; Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.), *Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und Völkermord*, München 2002; Ronit Lentin, *Postmemory, Unsayability and the Return of the Auschwitz Code*, in: Ders. (Hrsg.), *Re-Presenting the Shoah for the Twenty-First Century*, New York/Oxford 2004, 1-24.

96 Als einführende Überblicke: Helmut König, *Von der Diktatur zur Demokratie oder Was ist Vergangenheitsbewältigung*, in: Ders./Michael Kohlstruck/Andreas Wöll (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts*, Opladen/Wiesbaden 1998, 371-392; Peter Reichel, *Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die politisch-justitielle Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur nach 1945*, München 2001.

97 Vgl. den Tenor der Beiträge in Gary Smith/Avishai Margalit (Hrsg.), *Amnestie oder die Politik der Erinnerung in der Demokratie*, Frankfurt am Main 1997; zuletzt: Alfons Kenkmann/Hasko Zimmer (Hrsg.), *Nach Kriegen und Diktaturen. Umgang mit Vergangenheit als internationales Problem – Bilanzen und Perspektiven für das 21. Jahrhundert*, Essen 2005.

98 Harald Welzer, *Nervtötende Erzählungen. Die Bewältigung der Vergangenheit in Deutschland gilt als vorbildlich. Was bewältigt ist? Gar nichts*, in: *Frankfurter Rundschau*, 7. Mai 2005.

99 Vgl. Christoph Thonfeld, *Tagungsbericht: Transformation der Erinnerungskulturen*, 30. März 2005, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=741> (Stand 1. Februar 2006).

von 1944 in der Normandie eingeladen worden. Und sechzig Jahre nach Kriegsende, im Mai 2005, ist Bundeskanzler Schröder Gast des russischen Präsidenten Wladimir Putin bei den großen Feierlichkeiten in Moskau gewesen.¹⁰⁰ Dies war der sinnfällige Ausdruck dafür, dass sich Entscheidendes geändert hatte: Die neue Bundesrepublik Deutschland ist nicht mehr unmittelbar zum NS-Regime, sondern dazwischen liegt wie ein „Puffer“ die demokratische Erfolgsgeschichte der Bonner Republik. Die alte Bundesrepublik hat sich also als „Pufferstaat“ zwischen die NS-Diktatur und die neue Bundesrepublik gelegt. Die Konsequenzen könnten gewaltig sein: Denn das Narrativ der „Vergangenheitsbewältigung“ wäre damit vornehmlich die Geschichtserzählung der alten Bundesrepublik und nicht mehr zwangsläufig auch die der neuen.

Wenn auch das Holocaust-Gedenken seit den 1980er Jahren eine prominente Rolle eingenommen hat, ist die deutsche Erinnerungskultur aber nach wie vor in Bewegung. Sie ist und bleibt vielgestaltig, es gibt weiterhin einen „Kampf um die Erinnerung“, wobei allerdings die Deutungsmuster nicht mehr klar zuzuordnen sind (zum Beispiel einzelnen Parteien), wie dies in nahezu allen vorangegangenen Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Vor allem: In den gesellschaftlichen Grundkonsens des Holocaust-Gedenkens werden heute vermehrt alte Deutungsmuster mit eingefügt, wie beispielsweise der Aspekt der Vertreibung. Dem öffentlichen Erinnern steht das private oft konträr gegenüber. Das „Dritte Reich“ wird auch als faszinierende Zeit erinnert: Es wurden Blitzkriege gewonnen, es herrschte Vollbeschäftigung und kein eigenes Leid, und man war in der Volksgemeinschaft „aufgehoben“. Diese Vorstellungen wirken sich besonders in generationeller Hinsicht aus: die Enkelgeneration muss ein negatives Bild der NS-Zeit in Einklang bringen mit positiven persönlichen Erinnerungen in den Erzählungen der Großelterngeneration. Dies führt meist zu einer positiven Umdeutung deren Verhaltens. Überspitzt formuliert: Opa und Enkel machen gemeinsame Sache bei der Entsorgung der NS-Vergangenheit mit dem Ziel der Auslagerung der Debatte um die NS-Verbrechen aus der eigenen Familie.¹⁰¹ Es stellt sich die Frage, ob in der neuen Bundesrepublik seit 1990 private Erfahrungen stärker thematisiert werden, da in der DDR diese durch den „verordneten Antifaschismus“ überdeckt waren.¹⁰² Welche Rückwirkungen gehen darüber hinaus von der Enttabuisierungswelle in Osteuropa, hier besonders im Baltikum und in Russland, für eine Erinnerung an den Nationalsozialismus aus?

Die 1990er Jahre stehen für eine gravierende Veränderung: Es hat einen Perspektivenwechsel von den Opfern der Deutschen¹⁰³ zu den Deutschen als Opfer gegeben. Wie kommt es zu dieser Re-Viktimisierung? Welches sind ihre Konsequenzen? Die Antwort auf diese Fragen ist durchaus

100 Vgl. auch Schröders Rede zum 8. Mai: Gerhard Schröder, „Wir stehen erst jetzt am Ende einer langen Nachkriegszeit“. Warum die Einigung Europas ein historisches Vermächtnis all derer ist, die gegen Hitler gekämpft haben – und warum sie ihre Grenzen noch nicht erreicht hat, in: Süddeutsche Zeitung, 7./8. Mai 2005, 7.

101 Vgl. hierzu auch die weiterführenden Literaturangaben in Fußnote 7.

102 Als ein erster Ansatz: Connie Schneider, Abschied von der Vergangenheit? Umgangsweisen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der dritten Generation in Ost- und Westdeutschland, München, 2004.

103 Vgl. Richard von Weizsäcker, Der 8. Mai 1945 – 40 Jahre danach, in: Ders., Von Deutschland aus. Reden des Bundespräsidenten, Berlin 1985, 9-35, hier 12-13, Weizsäcker spricht hier quasi aus der Perspektive der Opfer. „Ihr werdet die Deutschen immer wieder daran erkennen können, ob sie den 8. Mai als Tag der Niederlage oder der Befreiung bezeichnen.“, so Heinrich Böll, Brief an meine Söhne, in: Die Zeit, 15. März 1985, 13-16, hier 13. Eine solche Gegenüberstellung ist allerdings zu vereinfachend.

umstritten: Kommt es zu einer Art Selbstversöhnung oder geht es eher um eine Art der Erfahrungsvergewisserung? Flucht und Vertreibung sind sowohl eine west- wie auch eine ostdeutsche Erfahrung – hierüber kann man sich leicht als Grundlage einer gemeinsamen Erinnerung einigen. Die angesprochene Zeitenwende macht sich hier deutlich bemerkbar: Die Erinnerungskultur hat alte Tabus abgestreift, man muss nicht ständig auf die politischen Implikationen des Erinnerten achten – die deutsche Frage und besonders die Grenzfragen sind schließlich geklärt.

Eine Opferkonkurrenz existiert heute in zweierlei Hinsicht: Erstens Deutsche als Opfer versus NS-Opfer. Sowie zweitens, seit der Wiedervereinigung, NS-Opfer versus Opfer des SED-Regimes. Richard Schröder bemerkte in der Zeitung „Die Welt“ über das SED-Regime: „Man darf es Diktatur nennen. Den Opfern sind die Unterschiede zwischen den totalitären Systemen vor und nach 1945 egal.“¹⁰⁴ Erinnerungskonkurrenz gibt es auch beim 9. November: Welche Konnotation hat dieses Datum – Mauerfall oder Reichspogromnacht? Im Zuge der Offenlegung der DDR-Herrschaftsmechanismen nach der Wiedervereinigung erlebte die Totalitarismustheorie zum Teil eine Renaissance. Dies zeigt sich besonders prägnant (und zugleich prekär) auf Gedenktafeln für die Opfer des Faschismus, die häufig durch die Worte „und des Stalinismus“ ergänzt worden sind. Hier werden also beide deutsche Diktaturen und ihre jeweiligen Opfer explizit gleichgesetzt. Hans und Sophinette Becker sprechen in diesem Kontext auch von einer „Wiedervereinigung der Schuld“ hinsichtlich der Vermittlung der Erblasten von NS- und SED-Diktatur.¹⁰⁵

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf die Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen (NSG-Verbrechen):¹⁰⁶ Die Frage nach dem Sinn und Zweck von Strafe ist immer ein Politikum. In der Bundesrepublik lässt sich seit 1949 ein Trend zum allmählichen Abbau des Vergeltungs- und Sühnestrafrechts feststellen. Stattdessen gewannen Abschreckung und Prävention die Oberhand. Für die NSG-Prozesse hatte dies weit reichende Folgen. Häufig ließen sich nämlich Gerichte zu gesellschaftspolitischen Aussagen hinreißen und argumentierten, dass das Strafmaß geringer ausfallen könne, da das deutsche Volk schon hinreichend abgeschreckt sei. Solche Argumentationsfiguren gehören zu den häufigsten Milderungsgründen. Erst in jüngster Zeit hat sich die Forschung auch den so genannten „Ordinary men“¹⁰⁷ zugewandt. Der Blick hat sich auf neue Tätergruppen hin erweitert, man entschlüsselt individuelle Tatmotive und unterscheidet etwa Weltanschauungstäter, utilitaristisch motivierte Täter, kriminelle Exzesstäter oder traditionelle Befehlsempfänger.¹⁰⁸

104 Richard Schröder, Man darf es Diktatur nennen. Den Opfern sind die Unterschiede zwischen den totalitären Systemen vor und nach 1945 egal, in: Die Welt, 29. Juni 2004.

105 Hans Becker/Sophinette Becker, Die Wiedervereinigung der Schuld, in: Psychosozial, 14 (1991), Heft 1, 64-75.

106 Vgl. als Überblick: Adalbert Rückerl, Die Verfolgung von NS-Verbrechen 1945-1978. Eine Dokumentation, Heidelberg/Karlsruhe 1979; Helge Grabitz/Klaus Bästlein/Johannes Tüchel (Hrsg.), Die Normalität des Verbrechens. Bilanz der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994; Claudia Kuretsidis-Haider/Winfried R. Garscha (Hrsg.), Keine „Abrechnung“. NS-Verbrechen, Justiz und Gesellschaft in Europa nach 1945, Leipzig/Wien 1998; zu den juristischen Begründungsfiguren siehe: Michel Greve, Der justitielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren, Frankfurt am Main u.a. 2001.

107 Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Reinbek 1993; Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

108 Vgl. hierzu auch die weiterführenden Literaturangaben in Fußnote 8.

Je länger die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen dauerte, desto mehr klafften die Bereiche Rechtsprechung auf der einen Seite und öffentlicher Umgang sowie wissenschaftliche Erkenntnisse über den Nationalsozialismus auf der anderen Seite auseinander. Die Rechtsprechung hatte seit den 1960er Jahren ein Schuldmodell zementiert – die „Gehilfen-Juridikatur“ – das eine adäquate Ahndung nahezu unmöglich machte. Bei den KZ-Prozessen sind die Angeklagten von den Gerichten vornehmlich wegen Beihilfe zum Mord angeklagt worden. Die Begründung erfolgte so: Tötungen in Gaskammern waren Mord; die Täter waren: Hitler, Göring, Himmler und Heydrich. Die Angeklagten habe dazu Beihilfe geleistet. Ob die Tat als Beihilfe oder Mittäterschaft zu werten war, wurde nur anhand subjektiver Kriterien entschieden: Das bedeutet, dass Täter derjenige war, der seinen Tatbeitrag mit dem Täterwillen (*animus auctoris*), Gehilfe derjenige, der seinen Tatbeitrag mit Gehilfenwillen (*animus socii*) leistete. Um diese Frage zu entscheiden beschäftigten sich die Gerichte mit der Tatherrschaft, der inneren Einstellung zum Tatgeschehen, dem eigenen Interesse und dem Umfang der eigenen Tatbestandsverwirklichung. In dieser Gehilfen-Juridikatur erkennt die Forschung heute ein Skandalon. Demgegenüber wurde die Öffentlichkeit mit den Jahren immer sensibler, und so tat sich eine Schere zwischen Rechtsprechung und Rechtsempfinden auf, die bis in unsere Tage hinein fortbesteht.

Ist das „Holocaust-Mahnmal“ in Berlin eine von der Politik gewünschte „finale ästhetische Formulierung“ der „Vergangenheitsbewältigung“?¹⁰⁹ Und damit ein Symbol für den Wechsel in der deutschen Erinnerungskultur – hin zur „Normalität“? Jan-Holger Kirsch stellt zu Recht die „Pfadabhängigkeit“ des Gedenkens heraus, das „ebenso auf vorangegangenes Gedenken wie auf die erinnerte Vergangenheit selbst“ reagiert.¹¹⁰ Die Idee für ein zentrales „Holocaust-Mahnmal“ sei ohne den geschichtspolitischen Rahmen, den die 1980er Jahre bereitgestellt hätten, d.h. ohne den „Historikerstreit“ und die „Jenninger-Rede“, aber auch ohne die Planungen für ein Deutsches Historisches Museum in Berlin, nicht möglich gewesen. Insgesamt spielte die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit beim Streit um das „Holocaust-Mahnmal“ nur eine nachgeordnete Rolle. Die eigentliche Bedeutung der Debatte besteht somit in einer von der Politik vorangetriebenen „Neudefinition ‚nationaler Identität‘ im vereinten Deutschland“.¹¹¹ Das Charakteristische der „Berliner Republik“ ist laut Kirsch, dass „Bekenntnisse zur Nation und Bekenntnisse zur historischen Schuld“ im vereinigten Deutschland „nicht mehr als Widerspruch empfunden“¹¹² werden.

Der Abschied von den Zeitgenossen und Zeitzeugen, den wir heute erleben, hat zweierlei Folgen: Erstens eine Versachlichung der Diskussion um den Nationalsozialismus und das, was zu erinnern ist (Zeitgeschichte wird zu Geschichte). Zweitens eine Mythisierung – vor allem auch im Zuge der starken Medialisierung der Zeitgeschichte. Letztere findet zum Beispiel im Bereich Film statt: „Der Untergang“ oder auch „Napola“ inszenieren sich als authentische Dokumente. So wie

¹⁰⁹ Welzer, Erzählungen.

¹¹⁰ Kirsch, Mythos, 87f.; vgl. hierzu auch die weiterführenden Literaturangaben in Fußnote 10.

¹¹¹ Ebd., 125.

¹¹² Ebd., 317.

der Holocaust zur Chiffre für das Böse geworden ist, steht Auschwitz für den Kampf des absolut Bösen gegen das absolut Gute. Trotz ständiger Präsenz des Themas – „Soviel Hitler war nie“ (Norbert Frei) – nimmt das historische Wissen der Bürgerinnen und Bürger jedoch ab. Es kommt zu einer Entkonkretisierung. Die Vergangenheit kann nicht nur erinnert oder verdrängt, sondern auch vergessen werden. Der Einfluss der Historiker auf die gesellschaftliche Erinnerung sinkt. Andere Medien, auch die Politik, beherrschen die öffentliche Deutung des Nationalsozialismus. Die Erinnerung an den Holocaust findet dabei vermehrt durch Bilder und visuelle Zeugnisse statt. Es gibt also eine Tendenz zur „bildhaften Erinnerung“, sichtbar zum Beispiel an der Ikonographie der Konzentrationslager im populären Bildgedächtnis: Viehwaggon, Stacheldraht, Tore. Welche Folgen hat dieser Wandel für das historische Gedenken und die Erinnerung daran? Die Repräsentation des Geschehens beginnt womöglich, das Geschehen selbst zu verdecken. So kommt es zu einer „importierten Erinnerung“: Filmszenen werden in die eigene Erinnerung integriert. Dadurch kann eine Verfälschung der Geschichte stattfinden.

Die Deutschen befinden sich aus einem ganz einfachen Grund in einem Gezeitenwechsel der Erinnerung: Mehr als zwei Drittel der Deutschen sind nach 1945 geboren und weniger als 15 Prozent der heute Lebenden gehören Jahrgängen an, die noch als verantwortliche Täter, Mitläufer oder Opfer des NS-Regimes in Betracht kommen. Wie kann, wie soll Vergangenheitsdeutung vor allem mit Blick auf das „Dritte Reich“ tradiert werden ohne einen unmittelbaren Erfahrungsbezug der jetzt Lebenden zu dieser Vergangenheit? Parallel zum „Aussterben“ der Zeitzeugen löst sich das Gedächtnis gleichsam von innen auf: infolge des Aufkommens ganz neuer Gedächtnisgeschichten, da Deutschland keine national homogene Gesellschaft darstellt. Zuwanderer etwa haben ganz andere Erinnerungen. Wie positioniert sich ein Deutscher türkischer Herkunft gegenüber den Verbrechen des Nationalsozialismus? Wie soll er sich positionieren? Ist er verpflichtet, sich diese Leitkultur zu Eigen zu machen?

4. Resümee

Die Vergangenheit des Nationalsozialismus ist in der alten Bundesrepublik so sehr zum Skandalon geworden, dass selbst Epochenbrüche und Zeitenwenden wie in den Jahren 1989/90 sie nicht bereinigen können. „Nazi geht und Stasi kommt“ – dieser Kassandraruß angesichts der deutschen Wiedervereinigung hat sich als unzutreffend erwiesen. Die zivilisatorischen Lernprozesse, die „Rezivilisierung“ der Bundesdeutschen und ihre kulturelle Verwestlichung, die als bleibende Verpflichtung zu bewahren sind, ragen heraus.¹¹³ Die Lernfortschritte waren und sind enorm. Gerade mit Blick auf Japan und dessen verbrecherische Vergangenheit ist das Ausmaß der positiven Veränderungen in der deutschen Kultur und der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit sehr bemerkenswert.¹¹⁴ Es gibt wenige Staaten auf der Welt, die so umfassend aus ihrer Vergangenheit gelernt haben, wie die Bundesrepublik.

¹¹³ Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999; Ulrich Herbert, *Liberalisierung als Lernprozess. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze*, in: Ders. (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002, S. 7-49.

¹¹⁴ So auch Manfred Kittel, *Nach Nürnberg und Tokio. „Vergangenheitsbewältigung“ in Japan und Westdeutschland 1945 bis 1968*, München 2004.

Umgekehrt muss man heute die Frage stellen: Gibt es eine Abnutzungsgeschichte der Vergangenheitsbewältigung? Die neue Bundesrepublik ist nicht mehr unmittelbar zum NS-Regime. Sie ist kein bloßes Gegenbild einer katastrophal gescheiterten Ära. Sie lebt auch nicht mehr im Schatten Weimars. Sie lebt, das macht auch die Politik deutlich, aus der Erinnerung des erfolgreichen Bonner Modells. Könnte man also die Geschichte des Umgangs mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen seit 1990 als eine Art Abnutzungsgeschichte des erfolgreichen Modells beschreiben? Eine solche Problemgeschichte hätte zu analysieren, wie sich die Bedingungen der Teilung und des Kalten Krieges in die Strukturen der Vergangenheitsbewältigung eingeschrieben haben. Wir würden damit zu Überlegungen animiert, was angesichts der veränderten Prämissen noch gültig bleiben kann. Tatsächlich müssen wir Acht geben: Die filmischen Inszenierungen der Erinnerungsdramen zum Nationalsozialismus prangern die böse Vergangenheit an. Aber sie streichen damit gleichzeitig die moralische Läuterung der Gegenwart heraus. Dieses Verfahren kann blenden und uns blind machen gegenüber neuen Herausforderungen. Die mediale Präsenz des Nationalsozialismus ist heute so stark wie noch niemals zuvor. Erinnert wird, was medial präsentabel ist – und der Nationalsozialismus ist es par excellence. Untergang und Befreiung, Abrechnung und Vertreibung – gesellschaftlich attraktiv geworden ist die Moral in der Geschichte. Hier stoßen Historiker an ihre Grenzen und Politiker auf ihr ureigenstes Terrain.